

Bestraft die Freier!

Der Erfolg der skandinavischen Sexkaufverbote

Von Katharina Sass

Seit einiger Zeit wird in Deutschland wieder intensiver über den Umgang mit Prostitution und das Für und Wider der 2002 erfolgten Liberalisierung debattiert, in diesem Jahr soll das von Frauen- und Familienministerin Manuela Schwesig vorgelegte Prostituiertenschutzgesetz beschlossen werden.¹ Der vergleichende Blick auf das europäische Ausland kommt in der Diskussion allerdings viel zu kurz, obwohl man daraus eine Menge lernen könnte.

1998 führte Schweden als erstes europäisches Land ein Sexkaufverbot ein. Der Kauf sexueller Dienste kann seither mit einer Geldstrafe oder mit ursprünglich sechs und seit 2011 bis zu zwölf Monaten Gefängnis bestraft werden. 2008 folgten Norwegen und Island mit ähnlichen Gesetzen. Dieses sogenannte nordische Modell stellt einen weltweit neuartigen Ansatz zur Regulierung der Prostitution dar, der erstmals die strafrechtliche Aufmerksamkeit ausschließlich auf Nachfrager und Organisatoren der Prostitution richtet. Die Prostituierten hingegen machen sich in Norwegen bereits seit 1899 und in Schweden seit 1918 nicht mehr strafbar. Im heutigen nordischen Modell stehen ihnen zudem Ausstiegsprogramme und soziale Anlaufstellen zur Verfügung. Der Ansatz dahinter ist klar: Gegen die Strategie der Akzeptanz von käuflichem Sex als „Sexarbeit“ zielt das skandinavische Modell letztlich auf die Abschaffung der Prostitution. Obwohl die Idee eines Sexkaufverbotes international Anklang gefunden hat – in Frankreich, Kanada, Südkorea, Litauen, dem Vereinigten Königreich, Nordirland und der Republik Irland sind ähnliche Gesetze in Vorbereitung oder bereits beschlossen² –, ist in Deutschland über Entstehungsgeschichte und Wirkung dieser Gesetze viel zu wenig bekannt. Dabei sind ihre Wirkungen bemerkenswert: Insgesamt wurde die Zahl der Prostituierten in Norwegen vor der Einführung des Gesetzes auf über 3000 geschätzt, heute dagegen auf nur noch etwas über 2000. Das entspricht etwas weniger als einem Promille der weiblichen Bevölkerung.

Zum Vergleich: In Deutschland gehen Schätzungen von ungefähr 400 000 Prostituierten aus,³ was einem Anteil von fast einem halben Prozent der

1 Vgl. Ulrike Lembke, Sexarbeit: Der verfehltete Schutz, in: „Blätter“, 12/2015, S. 33-36.

2 Vgl. auch die von den europäischen Linksparteien und Sozialdemokraten mehrheitlich unterstützte Entschließung des Europäischen Parlaments zur sexuellen Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter, 2013/2103(INI), www.europarl.europa.eu.

3 Vgl. BMFSFJ, Fragen und Antworten zum Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes, 2010, www.bmfsfj.de.

Gesamtbevölkerung und einem Prozent der weiblichen Bevölkerung entspricht. Relativ zur Bevölkerungsgröße gibt es in Deutschland also ungefähr zehnmal so viel Prostitution wie in Norwegen. Und in Schweden ist der Anteil noch geringer. Wo also liegen die Ursachen des nordischen Erfolges im Kampf gegen die Prostitution?

Der frühe Kampf gegen Prostitution ab den 1880er Jahren

Die Wurzeln der heutigen nordischen Sexkaufverbote reichen bis in die 1880er Jahre zurück. Damals fand der „große nordische Krieg um die Sexualmoral“ statt – eine politische Auseinandersetzung, die in ihrer Intensität in Europa ihresgleichen suchte.⁴ Zu diesem Zeitpunkt war Prostitution nach französischem Vorbild staatlich reguliert. Prostituierte wurden registriert und mussten sich streng vorgeschriebenen Untersuchungen durch Polizeiarzte unterziehen. Bei Nichtbefolgung drohten Zwangsarbeit und Geldbußen. Auch nicht prostituierte Frauen konnten riskieren, zu Untersuchungen abgeführt zu werden. Die Empörung der Frauenbewegung und ihrer Verbündeten richtete sich vor allem gegen die Doppelmoral, mit der von Frauen Keuschheit verlangt wurde, während Sexkauf durch Männer stillschweigend toleriert und sogar durch öffentlich beaufsichtigte Bordelle gefördert wurde.

Im Zuge der Einführung des Parlamentarismus in Norwegen im Jahr 1884 kam die sozialliberale Partei erstmals an die Regierung. Dort, aber auch in der entstehenden Arbeiterbewegung hatten die sich in Frauenverbänden organisierenden, meist bürgerlichen Frauen potentielle Verbündete. Intellektuelle und Künstler beteiligten sich an der Debatte; es entstanden Romane und Theaterstücke, die die ungleichen Standards für Frauen und Männer und das Elend der in die Prostitution gelangenden Arbeitermädchen thematisierten.⁵

Die Frauenorganisationen forderten sowohl eine Abschaffung der Zwangsuntersuchungen als auch Ausbildungsmöglichkeiten für die prostituierten Frauen und Mädchen. Auf der gegnerischen Seite standen zuvorderst konservative Christen, die die Aktivistinnen dafür kritisierten, dass sie es als Frauen wagten, sich in die öffentliche Debatte einzumischen – und dazu noch mit diesem Thema. Unkeuschheit beraube die Frau ihrer Weiblichkeit, kritisierten sie, wohingegen Männer nicht Gefahr liefen, durch Sexkauf ihre Männlichkeit einzubüßen.⁶ Dagegen verteidigten einzelne Männer der Arbeiterbewegung, wie der Osloer Gynäkologe Oscar Nissen, und Bohemiens wie Arne Garborg die Existenz von Prostitution damit, dass nur ein Bruchteil der Frauen überhaupt einen sexuellen Trieb habe. Der Puritanismus der bürgerlichen Frauen mache daher Prostitution notwendig.

4 Vgl. hier und im Folgenden: Trine Rogg Korsvik, Fra offentlig skjøgevæsen til horekunder. Hundre års kollektiv mobilisering mot prostitusjon, in: „Materialisten“, 1-2/2014, S. 11-41.

5 Vgl. Chr. Krohg, Albertine, Kristiania [Oslo] 1886; Bjørnstjerne Bjørnson, En hanske, Kopenhagen 1883.

6 Vgl. A.C. Agerholt, Den norske kvinnebevegelsens historie, Oslo 1973 [1937], S. 99.

Trotz dieses Widerstands wurden die öffentlichen Bordelle 1884 und die Zwangsuntersuchungen 1888 in Kristiania (Oslo) abgeschafft und elf Jahre später, 1899, in ganz Norwegen.⁷ In Schweden verhinderte die Ärzteschaft die Entkriminalisierung der Prostituierten noch bis 1918 mit Verweis auf die Bekämpfung sexuell übertragbarer Krankheiten.

Ebenfalls aus Schweden stammt ein undatiertes Protestbrief aus dem frühen 20. Jahrhundert, in dem eine Gruppe „gebildete[r] verheiratete[r] Frauen“ erstmals forderte, dass man den „gefallenen“ Mann „bestrafen und brandmarken“ solle und nicht die Frau: „Wenn der Mann nicht bezahlte, könnte doch die Frau dies Laster nicht zum Beruf haben.“⁸ In gleicher Weise hatte schon August Bebel in seiner berühmten Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ kritisiert, dass man „bei uns wenig von einer energischen Opposition gegen solche Befugnisse [der Polizei gegen die sich prostituieren (müssenden) Frauen]“ vernehme und bedauert, dass aufgrund der „Schutzmaßregeln‘ des Staates für die Männer“ „der rüddige Mann [...] unbehelligt“ bleibe.

Bewegungen und Forschung in den 1970ern und 1980ern

Im Laufe der 1970er Jahre entstanden erneut breite feministische Bewegungen in beiden skandinavischen Ländern. Viele Organisationen fokussierten zu Beginn der feministischen Welle vor allem auf die ökonomische Emanzipation der Frau.⁹ Doch schrittweise kamen, insbesondere über den Kampf für das Abtreibungsrecht, auch Themen wie Vergewaltigung, Pornographie und Prostitution auf die Agenda. In Norwegen wurde 1977 zwei Kontrolleurinnen der Osloer Verkehrsbetriebe gekündigt, weil sie pornographische Werbung in Zügen abgerissen hatten. Die Kolleginnen verteidigten ihre Handlungen in einer Tageszeitung: „Wir können keinen Widerspruch erkennen zwischen [...] der Verwendung von Frauenkörpern in Pornographie und Werbung und dem puritanischen Blick auf die Frau; erstere ist abhängig von letzterem. Die puritanische Verachtung für Natur, Sexualität und Frau ist auch in der Pornographie tief verwurzelt.“¹⁰ Als Reaktion auf dieses Ereignis schlossen sich 1977 dreißig verschiedene Organisationen zur „Gemeinsamen Aktion gegen Pornographie“ zusammen, deren Motto lautete: „Frauenkörper sind nicht zu verkaufen.“

1981 änderte das Bündnis seinen Namen in „Gemeinsame Aktion gegen Pornographie und Prostitution“, und bis Mitte der 1980er Jahre waren fast vierzig Organisationen beigetreten, die zusammen etwa eine halbe Million Mitglieder repräsentierten. Darunter waren Organisationen von Bauern-

7 Vgl. Agnete Strøm, A glimpse into 30 years of struggle against prostitution by the women's liberation movement in Norway, in: „Reproductive Health Matters“, 34/2009, S. 28-37, hier S. 29; August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Frankfurt a. M. 1981 [1909], S. 218f.

8 Zit. nach: Yvonne Svanström, En självklar efterfrågan? Om torskar och sexköpare under hundra år, in: Yvonne Svanström und Kjell Östberg (Hg.), Än män då? Kön och feminism i Sverige under 150 år, Stockholm 2004, S. 227, Übers. d. Verf.

9 Vgl. Strøm, a.a.O.

10 Zit. nach: Strøm, a.a.O., S. 30, Übers. d. Verf.

frauen, Lesben, Krankenschwestern oder Lehrerinnen und Lehrern ebenso vertreten wie die Frauen- und Jugendorganisationen der relevanten politischen Parteien mit Ausnahme der Rechtspopulisten. Anfang der 1980er Jahre kam es außerdem zu aufsehenerregenden Aktionen, in denen junge Frauen, teils selbst ehemalige Prostituierte, die Autos von Sexkäufern mit dem Wort „Hurenkunde“ bemalten, um so die Käufer ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.¹¹

Forschung und Protest – eine produktive Symbiose

Ein wichtiger Grund dafür, dass der Kampf gegen Prostitution im Laufe der 1980er Jahre in den Bewegungen verstärkt in den Fokus rückte, war der Austausch zwischen feministischen Prostitutionsforschern und Aktivistinnen. Sowohl in Schweden als auch in Norwegen begannen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre umfassende Feldstudien, die zum Ziel hatten, mehr Klarheit über den Umfang, die Formen und Folgen der Prostitution zu erlangen sowie mögliche Gesetzesänderungen vorzubereiten. Zu diesem Zweck forderten in Schweden zwölf Frauenorganisationen 1976 erfolgreich die Einsetzung einer offiziellen Studienkommission.

Die Kommission kam 1981 zu dem Schluss, dass Prostitution ein Resultat der Spannungen zwischen den traditionellen Geschlechterrollen und Ausdruck des Patriarchats sei.¹² Unter den vorgeschlagenen Maßnahmen fanden sich ein Verbot von Sexklubs und pornographischen Shows, verstärkter Polizeieinsatz und schärfere Gesetze gegen Bordellbetrieb und Zuhälterei, Aufklärungsarbeit unter Jugendlichen und Wehrpflichtigen sowie ein Verbot diskriminierender Werbung. Die Kriminalisierung der Käufer wurde zunächst nicht gefordert. Während der folgenden Debatten im Parlament schlugen allerdings die Frauenorganisationen der Zentrumspartei, der Linkspartei und der liberalen Partei sowie einige andere Organisationen erstmals ein Sexkaufverbot vor.¹³

Sexkauf als Akt der Gewalt

Das norwegische Pendant zur schwedischen Studienkommission war das Oslo-Projekt, dessen zugehörige Forscherinnen seit 1979 im Auftrag des Osloer Jugendamtes die Kinder- und Jugendprostitution in Oslo untersuchten.¹⁴ In einer Veröffentlichung von 1982 sprachen sich die Forscherinnen erstmals für die Kriminalisierung der Kunden aus.¹⁵ Gleichzeitig erforschte

11 Vgl. Trine Rogg Korsvik, a. a. O., S. 26-37.

12 Vgl. Arne Borg, Folke Elwien, Michael Frühling et al., Prostitution. Beskrivning. Analys. Förslag til åtgärder, Stockholm 1981.

13 Vgl. Yvonne Svanström, Criminalizing the john – a Swedish gender model?, in: Joyce Outshoorn (Hg.), The politics of prostitution, Cambridge 2004, S. 225-245, hier S. 227.

14 Vgl. Liv Finstad, Lita Fougner und Vivi-Lill Holter, Oslo-prosjektet. Erfaringer fra to års forsøksarbeid blant barne- og ungdomsprostituerte i Oslo 1979-1981, Oslo 1981.

15 Vgl. Liv Finstad, Lita Fougner und Vivi-Lill Holter, Prostitusjon i Oslo, Oslo 1982.

die norwegische Kriminologin Cecilie Høigård weitere Teile des Osloer Prostitutionsmilieus. Die 1986 erschienene Studie „Seitenstraßen: Geld, Macht und Liebe oder der Mythos von der Prostitution“ trug dazu bei, die Forderung nach einem Sexkaufverbot in der Bewegung zu verankern.¹⁶

In der Studie kamen die Prostituierten selbst ausführlich zu Wort und schilderten, wie sie es erlebten, den eigenen Körper und die eigene Vagina von zahlreichen Männern benutzen zu lassen: „Um Akteure im eigenen Leben [...] sein zu können, zeigten sie [...] große Handlungskraft innerhalb des geringen Handlungsspielraums, den sie [...] hatten. Gleichzeitig wurde es nach und nach schwieriger für sie, die Abgrenzung zwischen Körper und Seele aufrechtzuerhalten, die notwendig war, um einen Abstand zum Verkauf des eigenen Körpers zu schaffen. Es wurde immer schwieriger, das Ich wieder anzuschalten, nachdem die Tour mit dem Käufer überstanden war. Die Frauen fühlen sich nach und nach wertlos, dreckig und ekelhaft. Die Berichte waren denen von Opfern anderer sexualisierter Gewalt [...] zum Verwechseln ähnlich.“¹⁷ Vor diesem Hintergrund gelangten immer mehr norwegische wie schwedische Prostitutionsforscher und Aktivistinnen zu der Erkenntnis, dass Sexkauf eine Form von Gewalt sei. Zwischen 1983 und 1993 wurden im schwedischen Parlament mehr als fünfzig Anträge zum Thema Prostitution gestellt. Etwa ein Drittel plädierte für ein Sexkaufverbot. In Norwegen setzte sich 1983 vor allem die sozialdemokratische Frauenorganisation für die Kriminalisierung der Käufer ein. Selbst der sozialpolitische Sprecher der Konservativen, Christian Erlandsen, von Beruf Psychiater, befürwortete ein Verbot und schrieb: „Freier sind Schweine, das sollten sie wissen. [...] Ich verachte die Freier, weil sie dazu beitragen, diese Mädchen kaputt zu machen. [...] Sie kaufen sich eine egoistische Befriedigung.“¹⁸

Gesetze gegen den Sexkauf und ihre Wirkungen

Im Mai 1998 lag der schwedische Gesetzentwurf zum Schutz von Frauen gegen Gewalt vor („Kvinnofrid“), der das Sexkaufverbot als Teil eines Maßnahmenpaketes enthielt. Die Linkspartei, die Sozialdemokraten, die Grünen und die Zentrumsparterie befürworteten den Entwurf, während die konservative Partei ihn ablehnte. Die liberale Partei war nach Frauen und Männern gespalten. Die Christdemokraten befürworteten eine Kriminalisierung auch der Prostituierten und enthielten sich. Der Gesetzentwurf wurde mit 181 Jastimmen zu 92 Neinstimmen bei 63 Enthaltungen angenommen. Damit trat das Sexkaufverbot am 1. Januar 1999 in Kraft. Dies war vor allem ein Resultat der jahrzehntelangen Bemühungen der schwedischen Frauenbewegung.

16 Vgl. Strøm, a.a.O., S. 31; Cecilie Høigård, Liv Finstad, *Seitenstraßen: Geld, Macht und Liebe oder der Mythos von der Prostitution*, Reinbek bei Hamburg 1987 [Oslo 1986].

17 Cecilie Høigård, *Smertens plass i prostitusjonsdebatten*, in: „Materialisten“, 1-2/2014, S. 3, Übers. d. Verf.

18 Ebd., Übers. d. Verf. Im Laufe der 1990er Jahre nahm der Menschenhandel zu. Im Norden Norwegens, wo russische Zuhälter aktiv waren, gründete sich dagegen das „Nettverk i Nord“. 2002 kam die nordisch-baltische Kampagne gegen Menschenhandel zustande. Vgl. *Nordic-Baltic Campaign Against Trafficking in Women, Final report 2002*, Nordic Council of Ministers, Copenhagen 2004.

Zehn Jahr später, im Frühling 2008, legte die seit 2005 amtierende norwegische Regierung aus Arbeiterpartei, Zentrumspartei und Linkspartei einen Gesetzentwurf vor, der mit 44 zu 28 Stimmen beschlossen wurde und am 1. Januar 2009 in Kraft trat.¹⁹ Die Rechtspopulisten, die konservative Partei und die liberale Partei stimmten dagegen. Die Christdemokraten hatten einen eigenen Antrag eingebracht, der vorschlug, das maximale Strafmaß zu erhöhen, stimmten jedoch dennoch für den Gesetzentwurf der Regierung. Im Staatsbudget wurden außerdem 10 Mio. norwegische Kronen als zusätzliche Mittel für Ausstiegshilfen bereitgestellt.

Die schwedische Regierung beauftragte im Sommer 2008 eine Studienkommission damit, die Wirkung des Gesetzes zu evaluieren. Der 300 Seiten starke Bericht erschien im Sommer 2010 und basiert auf einer Vielzahl von Studien, die in den Jahren seit 1999 auf regionaler wie nationaler Ebene von diversen Akteuren durchgeführt wurden.²⁰ In Norwegen erschien im Sommer 2014 ebenfalls ein von der Regierung in Auftrag gegebener Forschungsbericht.²¹ Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass die Straßenprostitution in Schweden sich seit Einführung des Sexkaufverbotes mehr als halbiert hat. In Norwegen und Dänemark, die 1999 auf einem ähnlichen Niveau wie Schweden gelegen hatten, gab es 2008 ungefähr dreimal so viel Straßenprostitution. In einem neueren Bericht des Stockholmer Verwaltungsrates heißt es, dass die Zahl der Straßenprostituierten von rund 650 im Jahre 1995 auf rund 200 bis 250 im Jahr 2014 zurückgegangen ist.²² Der gleiche Effekt zeigt sich in Oslo, wo die Zahl der Straßenprostituierten bis 2008 deutlich auf rund 1200 angestiegen war und dann 2009 auf rund 500 Personen fiel.²³

Eine Verschiebung von Straßenprostitution zu anderen Formen der Prostitution oder ein Verschwinden der Prostitution im Untergrund hat, im Gegensatz zu in Deutschland häufig aufgestellten Behauptungen, nicht stattgefunden.²⁴ Während in Dänemark und Norwegen ein Anstieg der Prostitution in Massagesalons, Sexklubs und Hotels noch vor der Einführung des Sexkaufverbotes festzustellen war, konnte dies in Schweden nicht beobachtet werden. Für Norwegen wird geschätzt, dass die Wohnungsprostitution und andere Formen von in Gebäuden stattfindender Prostitution seit der Einführung des Gesetzes sogar um 10 bis 20 Prozent geschrumpft sind.

In Anbetracht der internationalen Wirtschaftskrise und der Tatsache, dass norwegische Männer vergleichsweise hohe Einkommen haben, gehen die Forscher davon aus, dass der Markt ohne das Gesetz deutlich gewachsen

19 Vgl. Ot.prp. nr. 48 (2007-2008), Om lov om endringer i straffeloven 1902 og straffeprosessloven (kriminalisering av kjøp av seksuell omgang eller handling mv.), www.regjeringen.no.

20 Vgl. Betänkande av Utredningen om utvärdering av förbudet mot köp av sexuell tjänst, SOU 2010:49, Stockholm 2010, www.regeringen.se.

21 Vgl. Evaluering av förbudet mot köp av sexuella tjänster, Vista Analyse, Rapport 2014/30, www.regjeringen.no.

22 Vgl. Report 2015:10 Prostitutionen i Sverige 2014 – En omfattningskartläggning, Länsstyrelsen i Stockholms län.

23 Seitdem ist die Zahl wieder angestiegen, hat sich jedoch auf einem niedrigeren Niveau als vor dem Gesetz stabilisiert.

24 Vgl. Vortrag des Stockholmer Polizisten Simon Häggström bei einem Seminar der European Women's Lobby, www.youtube.com/watch?v=o6O4xzzTqSU. Häggström bemerkt: „Wenn ein Sexkäufer vor seinem Computer und mit seinem Telefon herausfinden kann, wo Prostitution stattfindet, dann kann die Polizei das natürlich auch.“

wäre, statt zu schrumpfen. Die Auswertung von Polizeiberichten lässt die schwedische Studienkommission zudem darauf schließen, dass das Sexkaufverbot für Zuhälter und Menschenhändler einen abschreckenden Effekt hat. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen die norwegischen Forscher: Die geringeren Profitmöglichkeiten und das gestiegene Risiko haben den norwegischen Markt für Menschenhändler weniger attraktiv gemacht.

Der Beifall der Bevölkerung

Meinungsumfragen zeigen zudem, dass das Gesetz von der Bevölkerung unterstützt wird. In sämtlichen Umfragen, die in Schweden seit der Einführung durchgeführt wurden, sprach sich eine Mehrheit von rund 70 Prozent für das Sexkaufverbot aus (darunter durchgehend mehr Frauen als Männer). 1996 gaben 12,7 Prozent der befragten schwedischen Männer an, bereits einmal Sex gekauft zu haben, 2014 waren es 7,5 Prozent.²⁵ In Norwegen scheinen vor allem junge Männer ihre Einstellung zum Sexkauf verändert zu haben.²⁶ Dieser Einstellungswandel sowie die Tatsache, dass auch Sexkauf im Ausland in Norwegen strafbar ist, lassen vermuten, dass Sextourismus nicht zugenommen hat. In Dänemark, wo Sexkauf weiter legal ist, geben deutlich mehr Männer an, Sex zu kaufen.²⁷

Seit den 1990er Jahren taucht auch in Schweden und Norwegen in der öffentlichen Debatte die Argumentation auf, dass Prostitution bloße „Sexarbeit“ und deshalb zu liberalisieren sei. Diese Ansicht wird allerdings nur von wenigen Forschern und Politikern geteilt. Die Autorinnen Petra Östergren und Susanne Dodillet stellen darüber hinaus in ihren Veröffentlichungen die Behauptung auf, dass die Sexkaufverbote zu einem Anstieg der Gewalt gegen Prostituierte geführt hätten und deren Lebensbedingungen erschwerten²⁸ – eine Sorge, die auch in Deutschland verbreitet ist.

Tatsächlich zeigen zahlreiche Studien, dass Prostitution und Gewalt Hand in Hand miteinander gehen – allerdings unabhängig von der gesetzlichen Situation im Land, was für das Ziel einer grundsätzlichen Abschaffung spricht.²⁹ Auch geben einzelne Prostituierte in Interviews an, dass ihre Verhandlungsposition sich verschlechtert habe. Dies kann jedoch auch an der

25 Vgl. Report 2015:10, a.a.O., S. 26.

26 Vgl. Andreas Kotsadam und Niklas Jakobsson, Do laws affect attitudes? An assessment of the Norwegian prostitution law using longitudinal data, in: „International Review of Law and Economics“, 31/2011, S. 103-115.

27 Vgl. Andreas Kotsadam und Niklas Jakobsson, Shame on you, John! Laws, stigmatization, and the demand for sex, in: „European Journal of Law and Economics“, 37/2014, S. 393-404.

28 Vgl. Susanne Dodillet und Petra Östergren, The Swedish Sex Purchase Act: Claimed Success and Documented Effects, 2011. Dodillet und Östergren sind bereits in Bezug auf frühere Veröffentlichungen für das Verbreiten von Fehlinformationen und für ihre selektive Fallauswahl und Zitierweise kritisiert worden. Vgl. die Debatte zu Dodillet's Doktorarbeit, 2009, www.socialpolitik.com/2009/04/10/dodilletts-avhandling-hela-debatten. Vgl. auch Max Waltman, Sweden's prohibition of purchase of sex: The law's reasons, impact and potential, in: „Women's Studies International Forum“, 34/2011, S. 449-474, hier: S. 462.

29 Melissa Farley, Ann Cotton, Jacqueline Lynne, Sybille Zumbeck, Frida Spiwak, Maria E. Reyes, Dinorah Alvarez und Ufuk Sezgin, Prostitution and Trafficking in Nine Countries: An Update on Violence and Posttraumatic Stress Disorder, in: „Journal of Trauma Practice“, 3-4/2003, S. 33-74.

geringeren Nachfrage und den gesunkenen Preisen liegen. Dafür, dass die Gewalt durch das Sexkaufverbot angestiegen sei, finden sich in den diversen, oben zitierten Forschungsberichten und Studien dagegen keinerlei Belege. Im Gegenteil verhalten Sexkäufer sich heute vorsichtiger als vorher. Denn: Prostituierte können gewalttätige Käufer bei der Polizei anzeigen. Bei der Stockholmer Polizei wurden zudem mit dem Einsatz speziell geschulter Sozialarbeiter, die Polizisten bei den Einsätzen begleiten, gute Erfahrungen gemacht. Die Entwicklung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Prostituierten und Polizei gilt als Ziel.

In Schweden stehen inzwischen auch die rechten Parteien hinter dem Gesetz. Die norwegische Entwicklung geht in dieselbe Richtung: Obwohl beide Regierungsparteien laut Parteiprogramm gegen ein Sexkaufverbot sind, hat die konservativ-rechtspopulistische Regierung die Abschaffung des Sexkaufverbotes auf Eis gelegt. Einzelne Konservative sprechen sich dafür aus, das Gesetz zu behalten, da eine Abschaffung signalisiere, dass Sexkauf toleriert werde.

Von links gibt es Forderungen nach noch besserer Ausstattung von Ausstiegsprogrammen, effektiverem Schutz und voraussetzungsloser Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel sowie restriktiverer Anwendung des Gesetzes. In Schweden gibt es schließlich auch eine Debatte darüber, inwieweit Prostituierte aus juristischer Sicht als Beschädigte zu betrachten sind und demnach Schadensersatzansprüche gegen Sexkäufer geltend machen können. Kurzum: Die Akzeptanz von Prostitution als „Arbeit“ und die Legalisierung von Bordellbetrieben wird zwar von einzelnen Akteuren gefordert, ist aber insgesamt in absehbarer Zeit nicht denkbar. Im Gegenteil: Die große Mehrheit in Bevölkerung und Frauenbewegung, Gewerkschaften und Parteien steht voll hinter den Gesetzen gegen die Käufer – und damit auch hinter dem Ziel, Prostitution langfristig ganz zu überwinden. Eben daran könnte sich die hiesige Debatte ein Beispiel nehmen.